

**Antrag 56/II/2024****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Grundlegenden Reformbedarf der juristischen Ausbildung anerkennen und handeln!**

- 1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefor-
- 2 dert,
- 3 1. einen grundlegenden Reformbedarf der juristischen
- 4 Ausbildung sowohl anzuerkennen als auch gezielt
- 5 hinzusteuern und gegenüber der Senatsverwaltung
- 6 für Justiz und Verbraucherschutz deutlich zu ma-
- 7 chen. Zu einer grundlegenden Reform gehört:
- 8 • Unbegrenzte Anzahl an Prüfungsversuchen
  - 9 • Ruhetage zwischen den Prüfungen
  - 10 • Möglichkeit, die Examensprüfungen in verschiede-
  - 11 ne Semester aufzuteilen
  - 12 • Reduktion des Pflichtfachstoffs durch Verlagerung
  - 13 • Studium emotional entlasten/stressfreier gestalten
  - 14 • Zulassung anderer Prüfungs-/Unterrichtsformen
  - 15 neben Klausur/Vorlesung
  - 16 • Anpassung der Regelstudienzeit an die Durch-
  - 17 schnittsstudienzeit
  - 18 • Digitalisierung von Vorlesungen und Seminaren
  - 19 • E-Prüfungen
  - 20 • Praxisorientierte Studium- und Prüfungsinhalte
  - 21 • Bachelor of Laws verpflichtend an allen Universitä-
  - 22 ten
  - 23 • stärkeres Angebot für Studierende die durchs Ex-
  - 24 amen fallen
  - 25 • Bereitstellung gezielter finanzieller Mittel für uni-
  - 26 versitätseigene Repetitorien, um den Qualitätsstan-
  - 27 dard an das Niveau kommerzieller Repetitorien an-
  - 28 zupassen
- 29 1. sich für einen breiten Stakeholder\*innen-Dialog
- 30 über Reformoptionen einer juristischen Ausbildung
- 31 einzusetzen, welcher insbesondere die Belange von
- 32 Studierenden abbildet und diese prioritär in solche
- 33 Prozesse einbindet,
- 34 2. hierzu auf eine Anhörung sachkundiger Personen
- 35 sowie insbesondere Vertreter\*innen betroffe-
- 36 ner Studierender im Ausschuss für Verfassungs-
- 37 und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
- 38 Verbraucherschutz des Abgeordnetenhauses
- 39 hinzuwirken.
- 40 3. mit Nachdruck auf eine langfristige Reform der ju-
- 41 ristischen Ausbildung hinzuwirken, welche nach-
- 42 weislich die Studienqualität erhöht und Änderun-
- 43 gen im Interesse der mentalen Gesundheit Studie-
- 44 render vornimmt.
- 45 4. die sozial gerechte Ausgestaltung einer solchen
- 46 Reform umzusetzen, welche die Quote der Ab-
- 47 solvent\*innen aus Nichtakademiker\*innen-Familie
- 48 gemäß Erhebungen des Deutschen Zentrums für

49 Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW)  
50 langfristig erhöht

51 5. im Rahmen der sozial gerechten Ausgestaltung einer  
52 Reform der juristischen Ausbildung konkrete  
53 Unterstützungsangebote voranzutreiben, um die  
54 Vorteilsnahme durch private Repetitorien, welche  
55 von bis zu 70% der Studierenden zur Examensvorbereitung  
56 herangezogen wird, obsolet zu machen.”

57 Auf der 95. Justizminister\*innenkonferenz am 5. Juni 2024  
58 haben die Justizminister\*innen der Länder unter anderem  
59 auf Initiative des berichterstattenden Landes Berlin  
60 den Beschluss gefasst, „dass grundlegender Reformbedarf  
61 [der volljuristischen Ausbildung] nicht besteht“.

62 Dieser Beschluss ist mit Ergebnissen unterschiedlicher Erhebungen  
63 und den Erkenntnissen unterschiedlicher Verbände und Initiativen  
64 nicht in Einklang zu bringen. Der Reformbedarf wurde vielfach  
65 durch Studien belegt:

- 66 • Die iur.reform-Studie mit fast 12.000 Teilnehmenden aus den  
67 Gruppen der Studierenden, Referendar\*innen, Praktiker\*innen  
68 und Lehrende zeigte, dass mehr als die Hälfte der Befragten  
69 mit der juristischen Ausbildung unzufrieden ist.
- 71 • Die regelmäßige Absolvent\*innenbefragung des Bundesverbands  
72 rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V. (BRF) ergab zuletzt,  
73 dass zwei Drittel der Absolvent\*innen das Studium der  
74 Rechtswissenschaften nicht weiterempfehlen würden.
- 76 • Die JurSTRESS-Studie der Universität Regensburg kam zu dem  
77 Ergebnis, dass 48 % der Studierenden in der Examensvorbereitung  
78 und insbesondere während der Prüfungen von Zuständen berichteten,  
79 die eine weitergehende ärztliche Abklärung einer Angststörung  
80 rechtfertigen würden. Rund 19 % der Studierenden litten an  
81 Symptomen, die mit einer depressiven Verstimmung verbunden  
82 werden. Dies sind deutlich erhöhte Werte in Bezug auf die  
83 gleichaltrige Vergleichsgruppe (Angstgefühle bei ca. 27 %,  
84 depressive Verstimmung bei ca. 6 %).

87

88 Die Folge des Beschlusses darf – insbesondere vor dem  
89 Hintergrund des auch von der Justizministerkonferenz anerkannten  
90 Problems der Nachwuchsgewinnung in kernjuristischen Arbeitsfeldern –  
91 nicht unterschätzt werden: Der Beschluss droht den Rückgang der  
92 Studierenden im Studiengang Rechtswissenschaften (um 20 % seit  
93 2007) und damit den bereits jetzt offenkundigen und bis 2030  
94 viel drastischer werdenden Fachkräftemangel in der Justiz zu  
95 beschleunigen.

97 Es bedarf deshalb einer ernsthaften Auseinandersetzung  
98 mit der Zukunft der juristischen Ausbildung. Dies erfordert,  
99 die Reformdiskussionen der vergangenen Wochen, Monate und  
100 Jahre zur Kenntnis zu nehmen und sich damit inhaltlich  
101 auseinanderzusetzen, so zum Beispiel mit

102 dem Hamburger Protokoll vom 1. Dezember 2023, in dem  
103 16 Professor\*innen, der BRF und iur.reform vier Kernforde-  
104 rungen für die Reform der juristischen Ausbildung heraus-  
105 gearbeitet haben.

106 Die von der Justizminister\*innenkonferenz durchgeführ-  
107 te Befragung von lediglich 90 Personen im Jahr 2019 (al-  
108 so vor der Corona-Pandemie und zu anderen wirtschaft-  
109 lichen Rahmenbedingungen) ist hingegen aufgrund von  
110 eklatanten methodischen Mängeln nicht geeignet, als  
111 Debatten- oder gar Entscheidungsgrundlage zu dienen.

112 Das Studium der Rechtswissenschaften muss endlich an  
113 den Wandel der Zeit angepasst werden. Studierende der  
114 Rechtswissenschaften müssen emotional entlastet wer-  
115 den! Dies ist nur durch ein stressfreies, flexibles und di-  
116 gitalisiertes Studium möglich. Die Vorlesungs- und Prü-  
117 fungsinhalte müssen praxisorientiert werden und aus-  
118 wendig zu lernendes Spezialwissen sollte weggelassen  
119 werden. Denn es gilt: Verständnis statt Auswendigler-  
120 nen, Denken statt Pauke. Eine unbegrenzte Anzahl an Prü-  
121 fungsversuchen nimmt den Studierenden zusätzlich ei-  
122 ne enorme Last von ihren Schultern und hilft immens,  
123 die Prüfungsangst zu beseitigen. Die aktuellen Zahlen des  
124 statistischen Bundesamts zeigen, dass die Zahl der Jura-  
125 studierenden jährlich weiter sinkt. In Anbetracht des herr-  
126 schenden Fachkräftemangels und der Pensionierungswel-  
127 le in der Justiz müsste man jetzt alles dafür tun, das Stu-  
128 dium endlich attraktiv und stressfrei zu gestalten.